

D64

Zentrum für
Digitalen Fortschritt

Das Potenzial der Vielen heben: Förderlücken in der Startup-Förderung schließen



D-64.ORG

INHALTSVERZEICHNIS

0. Executive Summary	4
1. Förderung nicht-akademischer Gründungen von Startups	5
2. Sozialer Aufstieg durch Gründung	7
3. Gründungen von Menschen mit Migrationsgeschichte fördern	8
Impressum	11

EXECUTIVE SUMMARY

Wer heute in Deutschland ein Startup gründet, ist in der Regel weiß, männlich, wohl situiert und hat einen Studienabschluss. Gute Ideen kann jedoch jeder Mensch haben: Im Sinne der Normalverteilung orientieren sich gute Ideen nicht nach diesen Kriterien. Vielmehr ist der Erfolg einer jeden Idee wesentlich von ihrer Umsetzung abhängig, sodass jede:r Gründungs-willige in jeweiligen Vorhaben unterstützt werden sollte. Ansonsten wird – wie aktuell – das Potenzial, neue Startups zu gründen, nicht vollständig ausgeschöpft.

Die im Juli 2022 beschlossene „Start-up Strategie der Bundesregierung“¹ schlägt bereits wichtige Änderungen vor, lässt jedoch zentrale gesellschaftsbezogene Fragestellungen offen. So bleiben insbesondere Aspekte zur finanziellen Förderung nicht-akademischer Gründungen sowie zu Gründungen von Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status unberücksichtigt. Auch werden Startups in der Frühphase insbesondere dann unterstützt, wenn sie technikorientierte Ansätze verfolgen. Dabei sind nicht-technische Innovationen ebenso relevant für Startup-Förderung. Auch die Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte wird nicht ausreichend beleuchtet.

Es ist festzustellen, dass die Förderlandschaft bei Startups – vor allem in der Frühfinanzierung – sehr lückenhaft ist. Gründungen schaffen Arbeitsplätze und tragen wesentlich zur Weiterentwicklung und Modernisierung des Standortes Deutschland bei. Das folgende Papier zeigt Lücken und Lösungsvorschläge auf. Unsere zentralen Forderungen sind:

- *Öffnung des EXIST-Förderprogramms für Nicht-Akademiker:innen: Die formale Voraussetzung eines Studienabschlusses sollte keine Förderbedingung für das EXIST-Förderprogramm mehr sein.*
- *Optionale Eigenbeteiligung bei Startup-Förderung: Vor allem bei der Frühfinanzierung sollte auf die Eigenbeteiligung bei Förderprogrammen im Einzelfall mit guter Begründung verzichtet werden können.*
- *Ausländerrechtlicher Spurwechsel hin zur Selbstständigkeit: Wer in Deutschland ein Unternehmen gründen möchte, aber aus anderen Gründen eingereist ist, sollte vor Ort in Deutschland in einem unbürokratischen und schnellen Verfahren die Möglichkeit bekommen, ein Unternehmen zu gründen.*
- *Daseinsvorsorge: Verpflichtung für Sparkassen, Girokonten für zu gründende, auch nicht-deutsche, Unternehmen zu eröffnen.*
- *Bürokratieabbau: Die Beantragung von Finanzierungshilfen und Gründungsanträgen muss verschlankt und verständlicher werden.*
- *One-Stop-Shops: Zentrale Anlaufstellen, die umfassend bei der Erlangung des notwendigen Aufenthaltsstatus, der Erarbeitung eines tragfähigen Businessplans, bei Finanzierungsgesprächen, dem Finden von passenden Förderprogrammen sowie der Unternehmensgründung an sich unterstützen.*

01 FÖRDERUNG NICHT-AKADEMISCHER GRÜNDUNGEN VON STARTUPS

Betrachtet man die Gründungsszene in Deutschland, stellt man fest, dass die Mehrzahl der Startup-Gründungen von Personen mit einem Hochschulabschluss erfolgt. So weisen 85 % aller Gründer:innen von Startups einen akademischen Abschluss auf, während nur 15 % einen nicht-akademischen Hintergrund haben.² Dieses Ungleichgewicht ist auf eine Vielzahl von Gründen zurückzuführen, u.a. die intensive Förderung von Startup-Gründungen an Hochschulen und Universitäten. Hintergrund hierfür ist die höhere Innovations- und Technologieorientierung an Hochschulen, von denen Startups deutlich stärker geprägt sind als klassische Existenzgründungen. In der Konsequenz dieser einseitigen Förderung bleibt viel Gründungspotenzial und die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen ungenutzt. Die Tatsache, dass viele sehr erfolgreiche Gründungen aus dem nicht-akademischen Umfeld kommen, wird häufig übersehen. Der Transfer aus Universitäten und Hochschulen ist nicht der einzige Hebel für starke Gründungen.

Im Wesentlichen lassen sich nicht-akademische Gründungen auf zwei Gruppen zurückführen: (1) Gründungen aus klassischen Ausbildungsberufen und (2) Gründungen von Studienabbrecher:innen.

Ausbildungsberufe

In Deutschland beginnen pro Jahr ca. 466.000 Menschen eine Ausbildung, ein Studium hingegen 490.000.³ Neben Existenzgründungen aus klassischen Ausbildungsberufen bietet auch die Arbeit im Handwerk oder in der Industrie etliche Gelegenheiten, eigene Innovationen zu entwickeln und diese über die Gründung eines Startups auf den Markt zu bringen.⁴ Somit liegt in einer Gründung aus Ausbildungsberufen nicht nur das Potenzial zur Selbstständigkeit, sondern auch zum Innovationstreiber. Jedoch mangelt es dieser Gruppe an Gründer:innen an Fördermitteln, die vergleichbar mit denen sind, die Startup-Teams mit akademischem Hintergrund bei gleichem Innovationsgrad erhalten.

1 Start-up Strategie der Bundesregierung, 2022

https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Existenzgruendung/Startup-strategie-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=14

2 Deutscher Startup Monitor 2021, S.21: <https://deutsche startups.org/wp-content/uploads/2021/10/Deutscher-Startup-Monitor-2021.pdf>

3 Ausbildungs- und Studienanfänger 1992 – 2020, Demografieportal: <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/ausbildung-studium-anfaenger.html>

4 Interview mit Dr. Alexander Hirschfeld: <https://www.exzellenz-Startup-center.nrw/interviews/Dr-Alexander-Hirschfeld-Bundesverband-Deutsche-Startups-eV>

Studienabbrecher:innen

Von den Studierenden brechen 25–30 % ihr Bachelor-Studium und nochmals rund 15 % ihr Master-Studium ab.⁵ Diese Gruppe zählt als Studienabbrecher:innen.

Die Gründe für einen Studienabbruch sind vielfältig und reichen von anderen Erwartungen an die Inhalte des Studiums oder einem zu hohen Schwierigkeitsgrad des Studiums über Probleme der Studienfinanzierung bis hin zum Studienabbruch aufgrund eines direkten Einstiegs ins Berufsleben oder die Gründung eines eigenen Unternehmens.

Folgende Punkte halten Studienabbrecher:innen u.a. davon ab, zu gründen:

- fehlende finanzielle Rücklagen / private Ersparnisse
- fehlende Qualifikation als Rückfalloption, falls Gründung scheitert
- keine Möglichkeit auf studiengebundene Fördermittel wie EXIST-Gründungsstipendium unter den aktuellen Förderbedingungen

Greift einer dieser Punkte, bleibt unternehmerisches Potenzial ungenutzt.

Wenn man die aktuelle Förderlandschaft betrachtet, zeigt sich, dass es an einer gezielten Förderung von Menschen ohne akademische Laufbahn mangelt. Gleichzeitig ist bekannt, dass diverse Teams erfolgreicher sind,⁶ sodass grundsätzlich auch Startup-Projekte gefördert werden sollten, in denen unterschiedliche Kompetenzen unabhängig vom Ausbildungsstand vertreten sind (z.B. ein Team aus Handwerksberufen, Studierenden und Studienabbrecher:innen).

Im gesellschaftlichen Diskurs werden Absolvent:innen und Gründer:innen viel zu häufig zusammengedacht. Viele erfolgreiche Gründungen erfolgen erst in späteren Jahren oder in jungen Jahren unabhängig von einem Hochschulabschluss. Zudem wirbt unsere Gesellschaft impliziert für ein Lebensmodell in der abhängigen Beschäftigung: Selbstständigkeit und Gründung sind noch kein etabliertes Narrativ in unserer Gesellschaft.

Öffentliche Fördermittel sollten unabhängig vom Ausbildungsstand verfügbar sein, um die Gründungskultur, das Innovationspotenzial und den Unternehmergeist in Deutschland auszuschröpfen und vielfältig zu fördern.

Unsere zentrale Forderung ist:

- *Das EXIST-Förderprogramm sollte auch für Nicht-Akademiker:innen geöffnet werden. Die formale Voraussetzung eines Studienabschlusses sollte keine Förderbedingung mehr sein.*

⁵ Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH, 2020: https://www.dzhw.eu/services/material/pressemitteilungen/pm_dzhw_brief_03_200722.pdf

⁶ McKinsey, 2020: <https://www.mckinsey.de/news/presse/2020-05-19-diversity-wins>

02 **SOZIALER AUFSTIEG DURCH GRÜNDUNG**

Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status gründen seltener Startups als Menschen mit einem hohen sozioökonomischen Status. Überraschenderweise gibt es hierzu nur wenig Forschung. Die Frage der sozialen Herkunft von Startup-Gründer:innen ist nicht nur weitgehend unerforscht; sie ist auch kaum Teil des politischen Diskurses.

Nur 22 % der Gründer:innen von Unternehmen haben einen Universitätsabschluss. Die meisten (35 %) haben einen Lehr- oder Berufsfachschulabschluss. Immerhin 21 % haben gar keinen offiziellen Beruf gelernt; 17 % haben einen Fachschul- oder Meisterabschluss und nur 5 % haben eine Fachhochschule oder eine Berufsakademie abgeschlossen.

Das bedeutet, dass ausgerechnet für die größte Gruppe der Gründer:innen, diejenigen mit einem Gesellenbrief, kaum Gründungsfinanzierungen offenstehen. Denn klassische Sicherheiten wie Immobilien können diese kaum vorweisen. Hier bedarf es weiterer Forschung, wie viel Prozent der Firmenfinanzierungen in Deutschland an Akademiker:innen, Arbeiter:innen und Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen vergeben werden.

Nach unserem Dafürhalten liegen einige Ursachen tiefer: Es geht dabei nicht nur um die Frage des Bildungssystems, sondern auch um den Bildungsstand und das Einkommen des Elternhauses. Da in Deutschland letztlich vorausgesetzt wird, dass ein:e erfolgreiche:r Startup-Gründer:in eigene finanzielle Mittel bzw. Eigenbeteiligungen mitbringt, bestimmt der sozioökonomische Status die Gründungsvoraussetzungen. Dies wirft die Frage auf, ob man aus einem wohlhabenden Umfeld stammen muss, um sich selbstständig zu machen.

Der KfW Gründungsmonitor 2022 zeigt: Die höchsten Barrieren, die in Deutschland Gründungen verhindern, sind finanzieller Natur. Auf die Frage, warum von einer Gründung abgesehen wird, wird am häufigsten mit 39 % das befürchtete (zukünftige) finanzielle Risiko genannt; an zweiter Stelle steht mit 31 % die fehlende (Anschub-)Finanzierung. Das bedeutet, dass einem Drittel der Gründer:innen (nur „gefühlte“ oder tatsächlich) nicht genügend Geldmittel für eine Gründung zur Verfügung stehen. Würde der Staat Maßnahmen ergreifen, um diese Barriere aus dem Weg zu räumen, hätten wir in Deutschland also Potenzial für bis zu einem Drittel mehr Gründungen pro Jahr.

Hinzu kommt: Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status haben durch ihre im Schnitt geringere Bildung besondere Verständnisschwierigkeiten bei finanz- und steuerfachlicher Sprache. Die abschreckende Wirkung komplizierter Formulierungen darf nicht länger ein Hindernis für Gründer:innen sein, ein Unternehmen zu starten. Antragsformulare müssen auch in „leichter Sprache“ verfügbar sein. Auch ein Bürokratieabbau ist erforderlich. So sind zum Beispiel nicht nur Antragsprozesse für Firmen-Fördergelder, sondern auch

Vorgänge im Bereich der Sozialversicherung häufig kompliziert und müssen verschlankt werden. Entscheidungen deutscher Behörden dürfen nicht nach sozialer oder Bildungsherkunft getroffen werden. Entscheidungen von staatlichen oder teilstaatlichen Finanziers und Fördergeldgebern wie Sparkassen, Bürgschaftsbanken, Landesbanken oder Investitionsbanken sowie gesetzlichen Versicherungsträgern wie Deutsche RV Bund, gesetzliche Krankenversicherungen und Unfallkassen müssen kurz, nachvollziehbar, sozial gerecht und in einfacher Sprache sowie wenigstens in den Sprachen der zahlenmäßig stärksten nicht-deutschen Gruppen in Deutschland formuliert sein.

Unsere zentralen Forderungen sind:

- *Bei der Startup-Förderung, vor allem bei der Frühfinanzierung, sollte auf die Eigenbeteiligung im Einzelfall mit guter Begründung verzichtet werden können.*
- *Bürokratie sollte abgebaut werden: die Beantragung von Finanzierungshilfen und Gründungsunterstützungen muss verschlankt werden. Alle Dokumente zur Gründung und Beantragung von Fördermitteln sollten in „leichter Sprache“ verfügbar sein.*

03 GRÜNDUNGEN VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE FÖRDERN

Aktuelle Studien zeigen, dass 21,6 % der Gründer:innen in Deutschland einen Migrationshintergrund haben. Dieser Anteil liegt leicht unter dem Vergleichswert der allgemeinen Erwerbsbevölkerung (24,4 %).⁷ Laut KfW Gründungsmonitor 2022⁸ sind 76 % der Gründer:innen deutsch seit Geburt, 9 % ausgebürgert oder Spätaussiedler, 9 % stammen aus dem Nicht-EU-Ausland und nur 5 % aus einem der 27 EU-Länder.

⁷ Deutscher Startup Monitor 2021: https://startupverband.de/fileadmin/startupverband/mediaarchiv/research/dsm/dsm_2021.pdf

⁸ KfW Gründungsmonitor 2022: <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/KfW-Gr%C3%BCndungsmonitor.html>

Menschen mit Migrationsgeschichte sehen sich aber zahlreichen Hindernissen ausgesetzt, wenn sie in Deutschland gründen möchten. Insbesondere für Nicht-EU-Bürger:innen (z.B. Expats, Studierende, Geflüchtete) ist die Erlangung des notwendigen Aufenthaltsstatus schwierig und mit teils sehr hohen Anforderungen verbunden.

Die aktuelle Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag⁹ vorgenommen, die damit zusammenhängenden Probleme¹⁰ anzugehen. Denn es gibt hier Nachbesserungsbedarf:

Spurwechsel in andere Aufenthaltstitel für Gründungswillige

Nach deutschem Aufenthaltsrecht sind Nicht-EU-Gründer:innen in der Regel verpflichtet, in ihr Heimatland zurückzukehren und dort bei einer Auslandsvertretung einen Antrag auf ein Visum zu stellen. Die Bearbeitung kann über ein Jahr in Anspruch nehmen, da hier mehrere Behörden (einschließlich der IHKs) angehört werden.

Unsere zentrale Forderung ist:

- *Die Möglichkeit eines zügigen Spurwechsels hin zur Selbstständigkeit: Wer in Deutschland ein Unternehmen gründen möchte, aber als Student:in, Geflüchtete:r oder aus anderen Gründen eingereist ist, sollte vor Ort in Deutschland in einem unbürokratischen und schnellen Verfahren die Möglichkeit bekommen, ein Unternehmen zu gründen.*

Sparkassen sollten allen ein Geschäftskonto geben müssen.

Viele Gründer:innen aus Nicht-EU-Ländern beklagen, dass es ihnen sehr schwer gemacht wird, für ihre Geschäftsaktivitäten – selbst wenn sie eine juristische Person in Deutschland gründen – ein Bankkonto zu bekommen.

Unsere zentrale Forderung ist:

- *Verpflichtung für Sparkassen, im Rahmen der Daseinsvorsorge entsprechende Girokonten zu eröffnen.*

Abbau von Hürden und Einrichtung von One-Stop-Shops

Verteilte Zuständigkeiten, komplexe bürokratische Prozesse, eine vielfältige, aber intransparente Förderlandschaft sowie Sprachbarrieren erschweren ebenso die Gründung wie die Sicherung einer Finanzierung.

⁹ Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP, S.24

¹⁰ Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) zur „Anwerbung und Förderung von außereuropäischen Startups auf Bundes- und Landesebene“, https://ec.europa.eu/home-affairs/system/files/2021-12/germany_start_ups_2020_final_de.pdf

Unsere zentrale Forderung ist:

- *Grundsätzliche Vereinfachungen und den Abbau von Hürden für Nicht-EU-Bürger:innen, die in Deutschland gründen wollen, unabhängig davon, ob es sich um Startups oder sonstige Gründungen handelt.*

Die Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte muss von der Ausnahme zur Regel werden und das Aufenthaltsrecht und die dazugehörigen Verwaltungsvorschriften entsprechend angepasst werden.

- *Zentrale Anlaufstellen (One-Stop-Shops), die umfassend unterstützen und über qualifizierte Mitarbeiter:innen und Teams verfügen, die bei der Erlangung des notwendigen Aufenthaltsstatus, der Erarbeitung eines tragfähigen Businessplans, bei Finanzierungsge-sprächen, dem Finden von passenden Förderprogrammen sowie der Unternehmensgrün-dung an sich unterstützen.*

Der hierzu notwendige Abbau von Bürokratie, die einfache und klare Formulierung von erfüllbaren Anforderungen, Mehrsprachigkeit sowie Transparenz bei Förderprogrammen kommen dabei nicht nur Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern allen Gründer:innen zugute

IMPRESSUM

ÜBER D64

D64 ist das Zentrum für digitalen Fortschritt.

Wir begreifen die digitale Transformation als große Chance, das Miteinander unserer modernen Gesellschaft zu verbessern. Die soziale, ökologische, technologische und politische Entwicklung wollen wir konstruktiv, kritisch und kreativ mitgestalten.

Unser Ziel ist es, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch eine progressive Digitalpolitik zu verwirklichen. Dafür wirken wir mit Hilfe der breitgefächerten Expertise unserer Mitglieder als unabhängiger Verein, der in allen Themenbereichen der Digitalisierung vordenkt und Impulse gibt.

d-64.org

MITARBEIT

Dieses Positionspapier ist in einem internen Arbeitsprozess bei D64 unter der Mitwirkung von Prof. Dr. Malte Behrmann (Co-Koordinierender der AG Startup-Förderung), Claudia Landrock (Co-Koordinierende der AG Startup-Förderung), Ivo Huffer, Laurenz Lenkewitz, Markus Wiene und Christian Borchert entstanden.

Gestaltung: D64 / Johann Lensing

Wir bedanken uns bei allen, die uns mit ihren Hinweisen und Kommentaren bei der Erstellung des Papiers weitergeholfen haben.

ADRESSE

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V.

Co-Vorsitzende: Anne Schwarz

Co-Vorsitzender: Erik Tuchtfeld

Gipsstraße 3

10119 Berlin

KONTAKT

Prof. Dr. Malte Behrmann (Co-Koordinierender der AG Startup-Förderung)

Claudia Landrock (Co-Koordinierende der AG Startup-Förderung)

info@d-64.org

November 2022

MITGLIED WERDEN

D64 ist das Zentrum für digitalen Fortschritt

Wir begreifen die digitale Transformation als große Chance, das Miteinander unserer modernen Gesellschaft zu verbessern. Die soziale, ökologische, technologische und politische Entwicklung wollen wir konstruktiv, kritisch und kreativ mitgestalten.

Unsere Ziele

Wir setzen uns dafür ein, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch eine progressive Digitalpolitik zu verwirklichen. Dafür wirken wir mit Hilfe der breitgefächerten Expertise unserer Mitglieder als unabhängiger Verein, der in allen Themenbereichen der Digitalisierung vordenkt und Impulse gibt.

Umfassendes Netzwerk durch starke Mitgliederbasis

Mit über 750 Personen der mitgliederstärkste Verein für Digitalpolitik in Deutschland. Berufliche Expertise aus unterschiedlichen Bereichen: Politik, NGOs, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Der Verein ist mitgliedergetrieben und bietet Raum für Initiativen und Bündnisse mit anderen digitalpolitischen Organisationen in Deutschland und Europa.

Unser Angebot

Durch unseren Ticker liefern wir täglich einen Überblick zu aktuellen digitalpolitischen Themen. Fragen zu digitalpolitischen Themen oder Wunsch nach Einordnung aus zivilgesellschaftlicher Perspektive? Wir stehen mit unseren Expert:innen für Hintergrundgespräche zu Verfügung.

Jetzt Mitglied werden

Auf d-64.org/mitglied-werden

